Coaching
Kommunaler Klimaschutz

Das *(Durch)*StarterPaket

StarterMaßnahmen für das Handlungsfeld

3 Förderung einer klimaschonenden Verkehrsentwicklung

Inhalt

- **Zusammenfassung für schnelle Leser** 3
- **Einführung** 5
- **A Motivation** 5
- **B Was die Kommunalpolitik beachten sollte** 5
- **C Was die Kommunalverwaltung beachten sollte** 7
- **Entscheidungshilfe** 9

Impressum

Text: Oliver Finus, Deutsche Umwelthilfe
Redaktion: Daria Junggeburth, Deutsche Umwelthilfe; Benjamin Gugel, IFEU-Institut
Grafische Gestaltung: Claudia Kunitzsch, Deutsche Umwelthilfe
Titelfoto: knipseline/Pixelio

Stand: Überarbeitete Fassung, April 2015

Die weibliche Form ist in dieser Veröffentlichung der männlichen Form gleichgestellt. Lediglich aus Gründen der Vereinfachung wurde auf die durchgängige Nennung beider Formen verzichtet.

Projektpartner

Klima-Bündnis e.V.
Carsten Kuhn
c.kuhn@klimabuendnis.org

Klima-Bündnis

Deutsche Umwelthilfe e.V.
Oliver Finus
finus@duh.de

Deutsche Umwelthilfe

IFEU-Institut
Benjamin Gugel
benjamin.gugel@ifeu.de

ifeu INSTITUT FÜR ENERGIE- UND UMWELTFORSCHUNG HEIDELBERG

Gefördert durch:

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

NATIONALE KLIMASCHUTZ INITIATIVE

Das Projekt „Startschuss Klimaschutz – Transformationsbegleitung für Kommunen mit Hilfe des Instruments Coaching Kommunaler Klimaschutz“ wird im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) gefördert. Im Rahmen dieses Projekts wurde das (Durch)StarterPaket grundlegend überarbeitet.

Zusammenfassung für schnelle Leser

A Motivation

Da ein hohes Verkehrsaufkommen aufgrund der Lärm- und Schadstoffbelastung in den Kommunen als starke Minderung der Lebensqualität wahrgenommen wird, führen Maßnahmen zur Verkehrsentlastung nicht nur zu einem verminderten CO_2-Ausstoß. Mit einer Verringerung des motorisierten Individualverkehrs geht auch eine Verbesserung der Lebensqualität der Einwohner einher.

B Was die Kommunalpolitik beachten sollte

Beschaffung klimaschonender Dienstfahrzeuge und Förderung klimafreundlicher Mobilität

Umsetzungsschritte

» Stellen Sie von Seiten mindestens einer Stadt-/Gemeinderatsfraktion den Antrag, dass beim Kauf von Neufahrzeugen für den kommunalen PKW-Fuhrpark ein Grenzwert für den CO_2-Austoß von 120 g CO_2/km nicht überschritten wird.

» Erteilen Sie einen Prüfauftrag an die Verwaltung, inwiefern sich die Anschaffung einer bestimmten Zahl elektromotor-unterstützter Dienstfahrräder lohnt. Die Ergebnisse des Prüfauftrags sollten dabei eine kurze Bedarfs- und Nutzeranalyse enthalten. Diskutieren Sie die Ergebnisse des Prüfauftrages im Kommunalparlament und stimmen Sie bei Bedarf über die Anschaffung ab.

» Erteilen Sie einen Auftrag an die Verwaltung, eine kurze Bedarfsanalyse für abschließbare Fahrradboxen an stark frequentierten ÖPNV-Haltestellen zu verfassen.

Rad- und Fußgängerverkehr gezielt fördern und ausbauen

Umsetzungsschritte

» Stellen Sie von Seiten einer Stadt-/Gemeinderatsfraktion den Antrag, dass ein einfaches Fuß- und Radwegekonzept unter Berücksichtigung der unten genannten Aspekte („Was die Kommunalverwaltung beachten sollte“) erstellt wird.

» Regen Sie über das Kommunalparlament an, dass die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunalverwaltung auf die Expertise vorhandener engagierter Bürgerinnen und Bürger mit entsprechendem Fach- und Ortskenntnissen zurückgreifen (Lokale Agenda21-Gruppen, lokale ADFC-Gruppen, Verkehrsbeiräte).

» Geben Sie für die Erarbeitung des Konzepts die Prämisse vor, dass das Fuß- und Radwegekonzept schrittweise umgesetzt werden kann und dass zu diesem Zweck eine Prioritätenliste erstellt wird, die mittel- und langfristige Maßnahmen auflistet.

Alternative ÖPNV-Konzepte prüfen

Umsetzungsschritte

» Die Kommunalparlamente kleinerer Kommunen können die Bereitstellung alternativer ÖPNV-Angebote diskutieren. In Kommunen im ländlichen Raum können beispielsweise Bürgerbussysteme eine sinnvolle Ergänzung des ÖPNV-Angebotes darstellen.

Erteilen Sie die Anregung, zu prüfen, inwieweit die Einführung eines Bürgerbussystems oder eines Anruf-Sammel-Taxis den vorhandenen Bedarf abdecken kann und dabei wirtschaftlich umsetzbar ist.

C Was die Kommunalverwaltung beachten sollte

Beschaffung klimaschonender Dienstfahrzeuge und Förderung klimafreundlicher Mobilität

Umsetzungsschritte

» Bei Ersatzbeschaffungen für PKW, sollten Sie darauf achten, die ausgemusterten PKW durch geringer motorisierte Fahrzeuge mit einem deutlich niedrigeren Kohlendioxidausstoß zu ersetzen. Derzeit sollten die Fahrzeuge mit Blick auf bestehende und zukünftige EU-Vorgaben einen Wert von 120 g CO_2/km nicht überschreiten. Mittelfristig ist ein Wert von 100 g CO_2/km anzustreben. Prüfen Sie auch, wie viele Dienst-PKW durch Teilnahme an einem Car-Sharing-System eingespart werden können. Ermöglichen Sie Sprit-Spar-Trainings für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

» Bieten Sie Dienstfahrräder für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an, damit diese bei innerörtlichen Dienstfahrten darauf zurückgreifen können. Dadurch werden unnötige Kurzfahrten mit dem Dienst-PKW überflüssig.

» Fördern Sie die umwelt- und klimafreundliche Mobilität von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, z. B. durch die Bereitstellung von überdachten Fahrradabstellanlagen, von abschließbaren Fahrradboxen, einem Gehaltsanteil, der die Bezuschussung eines Jobtickets beinhaltet etc.

» Schaffen Sie eine Infrastruktur vor Ort, die klimafreundliches Mobilitätsverhalten fördert, wie z. B. der Aufstellung einer ausreichenden Anzahl von abschließbaren Fahrradboxen an zentralen ÖPNV-Haltestellen, möglichst flächendeckend witterungsgeschützten ÖPNV-Haltestellen, die Einrichtung von Mitfahrpunkten als Zustiegsmöglichkeiten für Mitglieder von Fahrgemeinschaften etc.

Rad- und Fußgängerverkehr gezielt fördern und ausbauen

Umsetzungsschritte

» Erstellen Sie ein Konzept, das die klimafreundliche Nahmobilität im Auge hat. Diese wird in erster Linie durch ein gut ausgebautes Rad- und Fußwegenetz ermöglicht. Bauliche Unzulänglichkeiten bestehender Netze sind bei Ausarbeitung des Konzepts zu prüfen und die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer ist zu gewährleisten. Bestehende Lücken sollen geschlossen werden.

» Prüfen Sie die Umsetzungsmöglichkeiten des Konzepts und setzen Sie einfache Maßnahmen zeitnah um. Die Umsetzung konkreter Infrastrukturmaßnahmen erfolgt nach einer Prioritätenliste und unter Berücksichtigung der Finanzlage und eventueller Fördermöglichkeiten.

D Detailfragen

» *Detailfragen eines Fuß- und Radverkehrskonzepts und weiterer Maßnahmen der so genannten Nahmobilität können immer nur in Bezug zu den örtlichen Gegebenheiten sinnvoll ausgestaltet werden.*

» *Neuartige ÖPNV-Konzepte können in kleineren Kommunen in der Regel nur in Abstimmung mit dem jeweiligen Landkreis ausgearbeitet und umgesetzt werden.*

Einführung

Besonders der motorisierte Individualverkehr (MIV) trägt ganz erheblich zur Belastung mit klimaschädlichen Treibhausgasen bei. Dazu gehört neben CO_2 beispielsweise auch Dieselruß, der auch als black carbon bezeichnet wird. Kommunen können eine Verringerung dieser Belastung durch eine überlegte Verkehrs- und Umweltpolitik bewirken. Ihnen sind jedoch bei der Beeinflussung des Mobilitätsverhaltens einzelner Verkehrsteilnehmer enge Grenzen gesetzt. Darüber hinaus sind gerade kleinere Kommunen bei der klima-freundlichen Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in ihrer Region auf ein schlüssiges und am Klimaschutz orientiertes Konzept auf Landkreisebene angewiesen. Beim eigenen Fuhrpark besteht jedoch für jede Kommune die Möglichkeit, Entscheidungen und Maßnahmen im Sinne des Klimaschutzes zu treffen. Darüber hinaus hat jede Kommune unabhängig von der Größe die Möglichkeit, die eigenen Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter und die Bürgerinnen und Bürger zu klimafreundlichen Mobilitätsverhalten zu motivieren.

Das *(Durch)*StarterPaket bietet hierfür umsetzbare Einstiegsmaßnahmen und Empfehlungen an.

A Motivation

Da ein hohes Verkehrsaufkommen aufgrund der Lärm- und Schadstoffbelastung in den Kommunen als starke Minderung der Lebensqualität wahrgenommen wird, führen Maßnahmen zur Verkehrsentlastung nicht nur zu einem verminderten CO_2-Ausstoß. Mit einer Verringerung des motorisierten Individualverkehrs geht auch eine Verbesserung der Lebensqualität der Einwohner einher. In vielen Kommunen ist mittlerweile die Überzeugung gewachsen, dass die Bevorzugung des motorisierten Individualverkehrs in eine Sackgasse führt und dass der öffentliche Raum unterschiedlichen Verkehrsteilnehmern gleichberechtigt zur Verfügung stehen muss. Dieser Ansatz reduziert Verkehrsplanung nicht mehr nur darauf, einen möglichst störungsfreien Verkehrsfluss für den motorisierten Verkehr zu gewährleisten. Ziel ist ein kommunales Mobilitätsmanagement, das den motorisierten Verkehr nicht ausblendet, jedoch die Möglichkeiten einer klimafreundlichen Nahmobilität stark verbessert.

B Was die Kommunalpolitik beachten sollte

Beschaffung klimaschonender Dienstfahrzeuge und Förderung klimafreundlicher Mobilität

Umsetzungsschritte

Durch folgende Schritte kann das Kommunalparlament dazu beitragen, die Beschaffung und Nutzung klimaschonender Dienstfahrzeuge zu fördern und Maßnahmen zu mehr klimafreundlicher Mobilität in der Kommune umzusetzen:

- Stellen Sie von Seiten einer Gemeinderatsfraktion einen Antrag, dass beim Kauf von Neufahrzeugen für den kommunalen PKW-Fuhrpark ein Grenzwert für den CO_2-Ausstoß von 120 g CO_2/km nicht überschritten wird. Mit Blick auf mittelfristige EU-Vorgaben für die Jahre 2017 und 2020 sollte das Kommunalparlament bereits einen Grenzwert von 100 g CO_2/km als Vorgabe für Neuanschaffungen anstreben.
- Zielführend ist eine fraktionsübergreifende Initiative, um die Akzeptanz des Vorschlags zu erhöhen.
- Erteilen Sie einen Auftrag an die Verwaltung zu prüfen, inwiefern sich die Anschaffung einer bestimmten Zahl elektromotorunterstützter Dienstfahrräder lohnt. Die Ergebnisse des Prüfauftrags sollten dabei eine kurze Bedarfs- und Nutzeranalyse enthalten. In dieser sollten folgende Fragestellungen betrachtet werden: Welche Mitarbeiter können wie viele Räder für welchen Zweck einsetzen? Wie viele PKW können durch Anschaffung der Dienstfahrräder ersetzt werden? Können elektromotorunterstützte Dienstfahrräder mit Ökostrom betrieben werden?
- Ergebnisse des Prüfauftrages im Kommunalparlament diskutieren und bei Bedarf über die Anschaffung abstimmen.
- Erteilen Sie einen Auftrag an die Verwaltung, eine kurze Bedarfsanalyse für abschließbare Fahrradboxen an stark frequentierten ÖPNV-Haltestellen zu verfassen. Diese sollte folgende Fragestellungen betrachten: Welche Angebote gibt es in der Kommune schon? Bestehen Anfragen seitens der Bürgerschaft? Welches Fahrradaufkommen besteht an den ÖPNV-Haltestellen? Sind Fahrräder dort ausreichend geschützt?
  In den Prüfauftrag kann außerdem einfließen, die ÖPNV-Haltestellen hinsichtlich des vorhandenen Witterungsschutzes zu bewerten und bei Bedarf Verbesserungsvorschläge für einzelne Haltestellen festzuhalten.

  Die Ergebnisse des Prüfauftrages werden im Kommunalparlament diskutiert.

Rad- und Fußgängerverkehr gezielt fördern und ausbauen

Umsetzungsschritte

Durch folgende Schritte kann das Kommunalparlament dazu beitragen, die so genannte Nahmobilität im Sinne des Klimaschutzes zu unterstützen:

- Beantragen Sie von Seiten mindestens einer Gemeinderatsfraktion, dass ein einfaches Fuß- und Radwegekonzept unter Berücksichtigung der oben genannten Aspekte erstellt wird.
- Regen Sie an, dass die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunalverwaltung auf die Expertise vorhandener engagierter Bürgerinnen und Bürger mit entsprechendem Fach- und Ortskenntnissen zurückgreifen (Lokale Agenda21-Gruppen, lokale ADFC-Gruppen, Verkehrsbeiräte).
- Das Kommunalparlament sollte die Prämisse vorgeben, dass das Fuß- und Radwegekonzept schrittweise aufgebaut ist und eine Prioritätenliste inklusive Kostenschätzung für bauliche Maßnahmen enthält. Dazu muss darüber diskutiert werden, ob eine Mehrheit im Kommunalparlament es für angebracht hält, ein erfahrenes Planungsbüro hinzuzuziehen oder ob die Kapazitäten in der Verwaltung ausreichen, ein relativ grobes Konzept zu erstellen.
- Die Prioritätenliste, die das Konzept zwingend enthalten sollte, soll im Kommunalparlament ergebnisoffen diskutiert werden. Ein zeitlicher Rahmen für die Umsetzung der ersten drei prioritären Maßnahmen (wenn möglich aller sinnvoller Maßnahmen sukzessive) sollte vom Kommunalparlament vor dem Hintergrund der bestehenden Finanzierungsmöglichkeiten verbindlich vorgegeben werden.

Alternative ÖPNV-Konzepte prüfen

Umsetzungsschritte

- **Prüfen Sie die Einführung eines Bürgerbussystems**

Das Kommunalparlament gerade in kleineren Kommunen kann die Bereitstellung alternativer ÖPNV-Angebote diskutieren. In Kommunen im ländlichen Raum können beispielsweise Bürgerbussysteme, die über ehrenamtliche Fahrerinnen und Fahrer betrieben werden, zu Erfolgsmodellen werden.
Aus den Kommunalparlamenten kann die Anregung kommen, zu prüfen, inwieweit die Einführung eines Bürgerbussystems den vorhandenen Bedarf abdecken kann und dabei wirtschaftlich umsetzbar ist.

Bestehende Anregungen aus der Bürgerschaft können durch die Kommunalpolitik aufgenommen und weiter verfolgt werden.

Beispiele: Beispiele für funktionierende Bürgerbussysteme sind der *Wettenberger „Bussi“*, Ortsbus der hessischen Gemeinde Wettenberg und der *Bürgerbus Emsdetten-Saerbeck e.V.* in Nordrhein-Westfalen.

Start

Tipp: Allgemeine Informationen zu Bürgerbussystemen in NRW finden Sie in einer ausführlichen *Broschüre*.

Informationen gibt es darüber hinaus auf den Seiten des Vereins *Pro-Bürgerbus-NRW e.V.*
Das Land NRW bezuschusst die Anschaffung von Kleinbussen mit einem Fixbetrag sowie die personelle Infrastruktur von Bürgerbusvereinen mit einer Organisationspauschale.

C Was die Kommunalverwaltung beachten sollte

Beschaffung klimaschonender Dienstfahrzeuge und Förderung klimafreundlicher Mobilität

Umsetzungsschritte

» **Beschaffen Sie klimafreundliche Dienst-PKW**

Wenn Dienst-PKW ausgemustert werden, sollten Sie darauf achten, sie durch geringer motorisierte Fahrzeuge mit einem deutlich niedrigeren Kohlendioxidausstoß zu ersetzen. Bei Mittelstädten, in denen Car-Sharing-Angebote vorhanden sind, bietet es sich an, auch Dienstfahrten über Car-Sharing-Fahrzeuge abzuwickeln. Hierdurch kann der Bestand an eigenen Fahrzeugen verringert werden.

Beispiel: Die baden-württembergische Gemeinde *Eberbach* aus dem Rhein-Neckarraum demonstriert den Einstieg in die Beschaffung klimafreundlicher Dienstfahrzeuge.

» **An Sprit-Spar-Trainigs teilnehmen**

Ermöglichen Sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung die Teilnahme an einem Sprit-Spar-Training. Erfahrungen zeigen, dass mit einer angepassten Fahrweise, 5 bis 10 % Kraftstoff eingespart werden können.

Detailinformation

Für 2017 gibt die EU einen verbindlichen Wert von 120 g CO_2/km für den durchschnittlichen Kohlendioxid-Ausstoß von PKW vor. Ab 2020 gilt ein Grenzwert von 90 g CO_2/km. Derzeit sollten die PKW-Neuwagen, die von Kommunen beschafft werden, einen Wert von 120 g CO_2/km nicht überschreiten. Mittelfristig ist ein Wert von 80-90 g CO_2/km anzustreben, der aber von vielen Fahrzeugherstellern technisch noch nicht umgesetzt und angeboten wird. Anhaltspunkte für Fahrzeuge, die diese Standards erfüllen, liefert die jährlich neu erscheinende ***VCD-Umweltliste***.

» **Bieten Sie Dienstfahrräder für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an**

Die Kommune kann möglichst gut gewartete Dienstfahrräder anbieten, damit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei innerörtlichen Dienstfahrten darauf zurückgreifen können. Dadurch werden unnötige Kurzfahrten mit dem Dienst-PKW überflüssig. Die Treibstoffkosten und die CO_2-Belastung durch Dienstfahrten werden gesenkt.
Durch die Bereitstellung elektromotorunterstützter Fahrräder können auch „Fahrradmuffel" unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zum klimafreundlichen Umstieg auf das Dienstfahrrad bewegt werden.
Durch die verstärkte Nutzung von Diensträdern kann evtl. auch auf den Einsatz von Dienst-PKW verzichtet werden und die Anzahl dieser Fahrzeuge mittelfristig verringert werden.

Detailinformation

In kleineren Kommunen ist die Anschaffung von wenigen elektromotorunterstützen Fahrrädern sinnvoll, da damit bereits eine Vielzahl von Dienstfahrten abgewickelt werden können. Sinnvoll ist es, wenn die Diensträder an einer vorhandenen Solartankstelle wieder aufgeladen werden können. Falls solche nicht vorhanden sind, macht die Nutzung von Elektrofahrrädern unter Klimaschutzgesichtspunkten erst dann Sinn, wenn die Kommune Ökostrom bezieht und sich diese entsprechend aufladen lassen.

» **Fördern Sie umwelt- und klimafreundliche Mobilität von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern**

Damit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Weg zur Arbeit möglichst klimafreundlich zurücklegen, können Kommunen einfache Anreize setzen.

Detailinformation

Beispiele für wirksame Anreize in diesem Zusammenhang finden Sie im Folgenden:

» Stellen Sie überdachte Fahrradabstellanlagen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung zur Verfügung.

- Stellen Sie eine ausreichende Anzahl abschließbarer Fahrradboxen zur Verfügung, so dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunalverwaltung ihr Fahrrad über Nacht am Arbeitsplatz stehen lassen können, ohne befürchten zu müssen, dass das Rad beschädigt wird.
- Zahlen Sie einen Anteil zum Job-Ticket als Gehaltsbestandteil aus, wenn der Arbeitsplatz in der Kommunalverwaltung günstig mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen ist.
- Machen Sie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die klimafreundlich zum Arbeitsplatz gelangen, verwaltungsintern z. B. über das Intranet oder interne Bekanntmachungen bekannt.
- Ermöglichen Sie die Nutzung von Dusche/Umkleide (falls vorhanden).

- **Schaffen Sie eine Infrastruktur, die klimafreundliches Mobilitätsverhalten fördert**

Für Bürgerinnen und Bürger ist der Schritt zu klimafreundlichen Mobilitätsentscheidungen oft auch von der in der Kommune vorhandenen Infrastruktur abhängig. Einfache Infrastrukturmaßnahmen können hier bereits hilfreich sein, um die Menschen vor Ort zum Umstieg auf umweltfreundliche und klimaschonende Verkehrsmittel zu bewegen.

Beispiel: Die Aktivitäten der nordrheinwestfälischen Gemeinde Rommerskirchen zeigen den Erfolg einfacher *Infrastrukturmaßnahmen* an der Schnittstelle zwischen Radverkehr und ÖPNV.

Detailinformation

Im Folgenden erhalten Sie eine nicht abschließende Auflistung einfacher Infrastrukturmaßnahmen:

- An zentralen ÖPNV-Haltestellen sollte eine ausreichende und der Nachfrage entsprechende Anzahl abschließbarer Fahrradboxen installiert werden. Damit wird die Kombination von Rad- und ÖPNV-Nutzung gestärkt, weil die Räder wetterfest und vor Vandalismus geschützt untergebracht werden können.
  Witterungsgeschützte ÖPNV-Haltestellen sollten möglichst flächendeckend (zwingend an stark frequentierten Haltestellen) zur Verfügung gestellt werden.
- Mobilitätspunkte, die als Haltepunkte für den Zustieg zu Fahrgemeinschaften fungieren, können von den Kommunen mit einfachen Mitteln im öffentlichen Straßenraum ausgewiesen werden.
- In Kommunen, in denen Car-Sharing-Angebote bestehen, sollte der öffentliche Raum für die Bereitstellung der Fahrzeuge – nicht allein Parkhäuser – zur Verfügung gestellt werden. Dadurch erhöht sich die Zugriffsmöglichkeit auf diese Fahrzeuge.

Rad- und Fußgängerverkehr gezielt fördern und ausbauen

Umsetzungsschritte

- **Erstellen Sie ein Konzept, das die klimafreundliche Nahmobilität im Auge hat**

Eine klimaschonend ausgerichtete Nahmobilität wird in erster Linie durch ein gut ausgebautes Rad- und Fußwegenetz ermöglicht. Hierfür muss konzeptionelle Vorarbeit geleistet werden. Die Grundzüge eines solchen Konzepts können von ortskundigen Verwaltungsmitarbeitern beispielsweise in Zusammenarbeit mit bürgerschaftlich engagagierten Gruppen oder mit Bürgern besetzten Verkehrsbeiräten ausgearbeitet werden.

Detailinformation

Folgende Aspekte sind in eine Grundkonzeption für ein Fuß- und Radwegenetz zwingend einzubeziehen:

- Neuralgische Punkte sollten in Bezug auf die Verkehrssicherheit bei bestehenden Rad- und Fußwegen durch Begehung von Orts- und Stadtteilen festgehalten werden. Bauliche Missstände sollten dabei möglichst zeitnah behoben werden. Des Weiteren sollte die Beschilderung in puncto Verkehrssicherheit geprüft werden.

» Der Bedarf des Lückenschlusses bei bestehenden Radwegen und Fußwegeverbindungen sollte geprüft und systematisch dokumentiert werden.

» Im Konzept sollten neue innerörtliche und außerörtliche Rad- und Fußwege, die die Angebotssituation deutlich verbessern, skizziert und festgehalten werden. Ebenfalls ist es sinnvoll, Finanzierungsmöglichkeiten für neue Rad- und Fußwegeverbindungen im Konzept darzustellen.

» Mögliche Infrastrukturmaßnahmen zur Verknüpfung von Radverkehr und ÖPNV können z. B. die stärkere Bereitstellung von überdachten Fahrradabstellanlagen und abschließbaren Fahrradboxen oder die Investition in Bike&Ride-Plätze sein.

» **Prüfen Sie Umsetzungsmöglichkeiten und setzen Sie einfache Maßnahmen zeitnah um**

Ein schlüssiges Konzept zur Umsetzung von Rad- und Fußverkehrsmaßnahmen sollte eine schrittweise Umsetzung erlauben. Die Umsetzung von konkreten Infrastrukturmaßnahmen erfolgt dann nach einer Prioritätenliste und unter Berücksichtigung der Finanzlage und eventueller Fördermöglichkeiten.

Der Erfolg von umgesetzten Maßnahmen sollte zumindest stichpunktartig z. B. über Verkehrszählungen oder die Anzahl vermieteter Dauerstellplätze für Fahrräder evaluiert werden. Dann kann der Erfolg der Maßnahmen auch gegenüber den eigenen Bürgerinnen und Bürgern dokumentiert werden.

Entscheidungshilfe

Die folgenden Fragen sollen Ihnen dabei helfen, einzuschätzen, ob es sich für Ihre Kommune lohnt, vorrangig Aktivitäten im Handlungsfeld *Förderung klimaschonender Verkehrsentwicklung* zu entwickeln und zu starten. Sollten Sie sieben der elf Anhaltspunkte ankreuzen können, empfehlen wir Ihnen mit Hilfe des *(Durch)*StarterPaketes in diesem Handlungsfeld des kommunalen Klimaschutzes aktiv zu werden.

Politische und finanzielle Rahmenbedingungen

- ☐ Seitens der Kommunalpolitik und der Verwaltungsspitze besteht die Zielsetzung, die kommunale Fahrzeugflotte zukünftig stärker an Klimaschutzgesichtspunkten auszurichten.
- ☐ Seitens der Kommunalpolitik und der Verwaltungsspitze besteht die Zielsetzung, den Rad- und Fußverkehr in der Kommune zu stärken und die ÖPNV-Nutzung der eigenen Bürgerschaft auszubauen. Hierzu gibt es erste konzeptionelle Überlegungen.
- ☐ Es gibt von Seiten der Bürgerschaft Initiativen, den Rad- evtl. auch den Fußverkehr gezielt zu stärken.
- ☐ Auf Landesebene gibt es ein Förderprogramm, welches den Ausbau von Radverkehrsmaßnahmen in Kommunen gezielt fördert.

Organisatorische Rahmenbedingungen

- ☐ Es gibt von Seiten der Kommunalverwaltung Überlegungen und die Bereitschaft, eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung eines kommunalen Maßnahmenpaketes im Rad- und Fußverkehr einzurichten.
- ☐ Es gibt von Seiten der Bürgerschaft Bestrebungen, in der Kommune einen Verkehrsbeirat einzurichten. Dieser soll die Kommune in Fragen einer klimaschonenden Verkehrsentwicklung beraten, die Güte der bestehenden Infrastruktur für Radfahrer und Fußgänger prüfen und Verbesserungsvorschläge unterbreiten.
- ☐ Auf Kreisebene gibt es ein Radverkehrskonzept, das die eigene Kommune in die Planungen einbezieht. Der Kreis selbst ist bestrebt, die klimafreundliche Nahmobilität zu fördern und ÖPNV-Angebote in der Fläche und nicht nur in den Zentren zur Verfügung zu stellen.
- ☐ In der Kommune gibt es Strukturen (z. B. örtliche ADFC-Gruppen) und fachkundige Bürger, die die Kommunalverwaltung bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen im Rad- und Fußverkehr und in der Öffentlichkeitsarbeit unterstützen können.
- ☐ Innerhalb der Kommunalverwaltung gibt es eine Person, die die Wartung von Dienstfahrrädern übernehmen oder zumindest koordinieren könnte.
- ☐ Vor Ort gibt es ein Car-Sharing-Angebot, dass auch von der Kommunalverwaltung genutzt werden kann.
- ☐ In Nachbarkommunen oder im Landkreis gibt es Erfahrungen mit alternativen ÖPNV-Angeboten wie z. B. Bürgerbussystemen, auf die man zurückgreifen kann.